



Presse-Information

Arbeitslosigkeit und Mindestlohn wichtigste Probleme Ipsos-Demokratiepuls: NSA bei Deutschen nicht im Fokus

Hamburg/Berlin, 06. November 2013. Während die Spitzenvertreter von Union und SPD über die Eckpunkte der Großen Koalition verhandeln, wird die Problemagenda der Deutschen von den Themen Arbeitslosigkeit und Mindestlohn angeführt, wie eine aktuelle Repräsentativ-Umfrage mit dem Ipsos Demokratiepuls ergab.

Hauptproblem Arbeitsmarkt, NSA unbedeutend

Trotz anhaltender positiver Zahlen vom Arbeitsmarkt wird die Liste der politischen Probleme von arbeitsmarktpolitischen Themen beherrscht: So nennen 20 Prozent der Befragten spontan Arbeitslosigkeit und Mindestlohn als das gegenwärtig wichtigste politische Problem in Deutschland. Damit verknüpft ist die Sorge um die Folgen der Eurokrise, die für 17 Prozent im Focus stehen. Rund 12 Prozent sorgen sich um die fehlende soziale Gerechtigkeit in Deutschland. Weitere Themen, die die Befragten ungestützt nennen, rangieren im unteren Prozentbereich, wie die Folgen der Energiewende (6%), der Zuzug von Ausländern (5%), die Bildungspolitik (4%) und die Sorge um die Altersversorgung (4%). Und ganz weit abgeschlagen ist der Abhörskandal um den amerikanischen Geheimdienst NSA, der nur einem Prozent der Befragten als wichtigstes Problem erscheint.

SPD-Anhänger mit deutlichem Votum

Während jedem vierten CDU-Anhänger spontan überhaupt kein drängendes politisches Problem einfällt (24%, SPD: 15%), sieht jeder fünfte SPD-Sympathisant das Thema soziale Gerechtigkeit (21%) und gut jeder zehnte das Thema Eurokrise (13%) als primäres Polit-Problem. Themen, die zwar auch bei den CDU-Anhängern ganz oben stehen, aber mit umgekehrten Prioritäten: Eurokrise (23%), soziale Gerechtigkeit (12%).

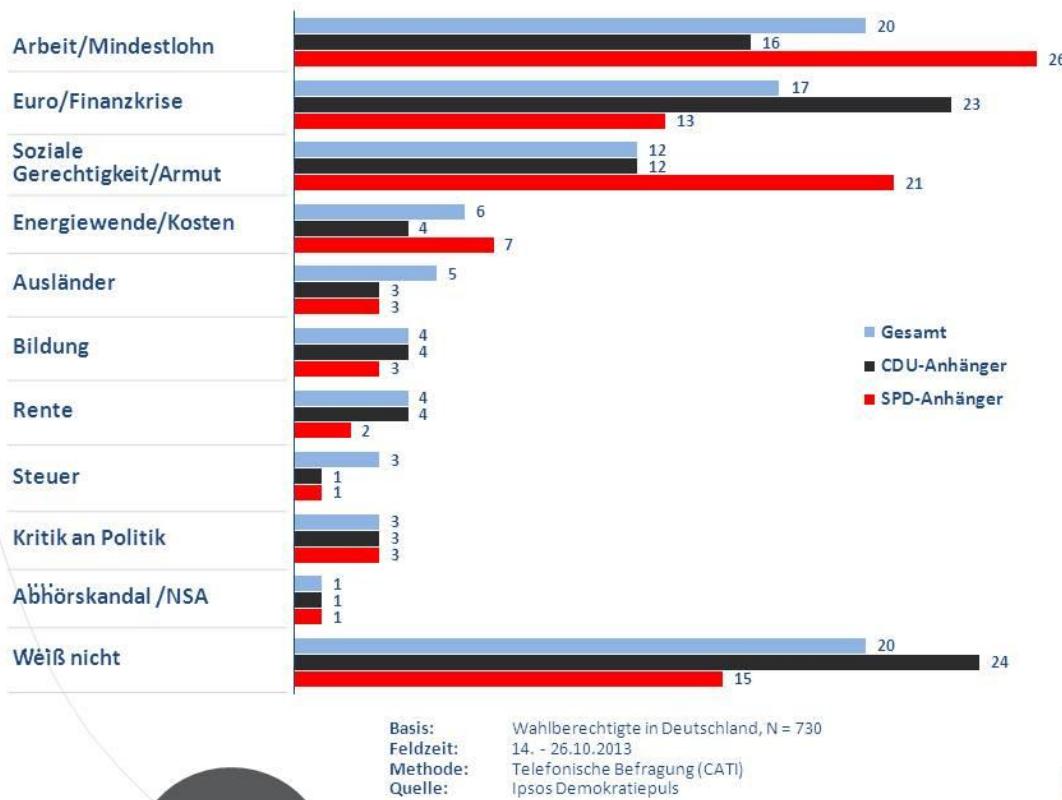
Auch beim Thema Arbeitsmarkt und Mindestlohn wird von den SPD-Anhängern (26%) ein größerer Handlungsbedarf der Politik gesehen als bei Anhängern der Union (16%).

Sonntagsfrage sieht CDU weiter vorn

An der anhaltenden Beliebtheit der CDU/CSU hat sich wenig geändert. Wären nächsten Sonntag Bundestagswahlen, kämen CDU/CSU unverändert auf 41 Prozent, die SPD käme auf 26 Prozent der Stimmen. Die Grünen können sich leicht um einen Prozentpunkt verbessern (10%). Die Alternative für Deutschland würde wie zuvor den Einzug in den Bundestag schaffen (5%), während die FDP an der fünf-Prozent-Hürde scheitern würde (4%). Linke (9%) und Piraten (2%) blieben in der Wählergunst unverändert.



Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste politische Problem in Deutschland? Spontane Nennungen. Angaben in Prozent



Ipsos

Steckbrief Ipsos Demokratiepuls

Stichprobe: N = 730 im Zeitraum vom 14.10. bis 26.10.13

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland

Methode: Telefonische Befragung (CATI)

Über Ipsos und Ipsos Public Affairs:

Ipsos ist ein unabhängiges und innovatives Dienstleistungsunternehmen, das weltweit Services rund um die Markt- und Meinungsforschung anbietet. Um unseren Kunden bestmöglichen Service zu bieten, haben wir uns in sechs Forschungsbereichen spezialisiert. So bestimmen unsere engagierten Forscher Marktpotenziale, zeigen Markttrends, testen Produkte, Werbung und Dienstleistungen, erforschen die Wirkung von Medien und geben der öffentlichen Meinung eine Stimme. Und das in 85 Ländern auf allen Kontinenten. In Deutschland beschäftigen wir in unserem „Home of Researchers“ über 500 Mitarbeiter in Hamburg, Mölln, München, Frankfurt und Berlin.



Presse-Information

Der Forschungsbereich **Ipsos Public Affairs** ist ein leistungsstarker Partner für Politik- und Sozialforschung in Deutschland. Er bietet Auftraggebern aus Politik, Medien, Wirtschaft und Wissenschaft Einblicke in die Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürger.

Kontakt Ipsos Pressestelle

Gudrun Witt
Sachsenstraße 6
20097 Hamburg
Tel. 040 80096 4179
Gudrun.Witt@ipsos.com